Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazetta militare svizzera

Band: 76=96 (1930)

Heft: 6

Artikel: Sozialdemokratie und Militärfrage

Autor: Geier

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-9116

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialdemokratie und Militärfrage.

Von Lt. *Geier*, II/61.

Immer noch lehnt eine der größten Parteien unseres Landes, die sozialistische, die Landesverteidigung ab. Seitdem der Bundesrat mit dem Begehren eines 20 Millionenkredites für den Ausbau unserer Flugwaffe an die Oeffentlichkeit trat, hat sie diese ihre Stellungnahme erneut bekundet. Kurz vor der Behandlung des strittigen Postulates durch den Ständerat im vergangenen März erließ sie einen Aufruf, einen Aufruf voller Heuchelei, in dem sie den Eindruck zu erwecken suchte, als sei ihr Handeln diktiert von der Sorge um das Ansehen des Völkerbundes, der Schiedsverträge und des Kelloggpaktes, und als sei es ihr darum zu tun, eine Verletzung der Verfassung zu verhindern. Bei dieser Lage rechtfertigt sich wohl auch eine Besprechung in der A. S. M. Z., um so mehr, als breite Schichten unseres Volkes von der sozialistischen Presse, und oft auch ausschließlich von dieser, tagtäglich in dieser Richtung bearbeitet werden. Dies kann nicht ohne Folgen bleiben. Der vorliegende Artikel soll nun einiges Licht werfen auf die ganz und gar nicht rühmliche Entwicklung, die zur heutigen Stellungnahme der sozialistischen Partei führte.

In den Jahren vor dem Krieg, als noch das alte Parteiprogramm galt, hatte die Sozialdemokratie die *Demokratisierung des Wehrwesens* auf ihr Panier geschrieben. Sie forderte Vereinfachung der Bekleidung und Ausrüstung, Wahl der Offiziere durch die Mannschaft, Bekleidung und Ausrüstung der Offiziere durch den Staat, gleiche Verpflegung der Vorgesetzten wie der Mannschaft und Abschaffung des Militärstrafrechtes und der Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten.

Seit 1911 indessen hatte die nationalrätliche Fraktion regelmäßig gegen das Militärbudget wie auch gegen das Gesamtbudget gestimmt. Sie hatte ihre Haltung damit begründet, daß ihre Anträge, wie Herabsetzung des Budgets von 44 auf 40 Millionen, Nichteinführung der Berufskommandos, Ablehnung von Sonderkrediten u. a. nicht angenommen worden seien, wodurch man ihr die Zustimmung verunmöglicht habe. Es scheint aber, daß diese Haltung auch noch anderen Erwägungen entsprang. Die orthodoxen Marxisten forderten bereits damals lebhaft ein klares Bekenntnis zum Antimilitarismus. Auf der andern Seite war aber die Macht und der Einfluß des vaterländisch eingestellten Grütlivereins noch zu groß, um einen entscheidenden Schritt wagen zu können. Die Haltung, die die Fraktion einnahm, war deshalb ein bequemer Ausweg aus einer heiklen Situation.

So etwa war die Lage, als der Krieg ausbrach. Das Schweizervolk hatte sich an die geruhsamen Jahre des Friedens gewöhnt. Plötzlich umflammte auch unsere Grenzen das Flammenmeer, das fast ganz Europa bedeckte. Der ungeheuren Gefahr konnte nur Festes standhalten, wie Flitterzeug im Nu verschwellt, so zerfiel manch schönes, aber wirklichkeitsfernes Gedankengebäude in Asche. Urplötzlich der dräuenden

Gefahr Auge in Auge gegenübergestellt, wandte alles sich ab von kraftlosen Theorien und suchte sich auf zuverlässigen Boden zu retten.

Erst als die Mobilmachung der Armee reibungslos verlief, kehrten die Gefühle der Ruhe und der Sicherheit wieder ein. Jedermann erkannte, daß nur die geschulte und disziplinierte Kraft unseres Heeres uns vor dem Chaos bewahren konnte.

In diese Stimmung fiel die außerordentliche Session der Bundesversammlung vom 3. August. Dort stimmte die ganze Volksvertretung ohne Ausnahme den bundesrätlichen Anträgen zu. Auch die sozialdemokratische Fraktion schloß sich restlos an. Was aber war die Tragweite des gefaßten Beschlusses, für den auch die Sozialisten die Verantwortung mit übernahmen? Nicht nur billigte er nachträglich das Aufgebot der ganzen Armee; er gab vielmehr dem Bundesrat auch unbeschränkte Vollmacht für alle ihm gut scheinenden Maßnahmen, und unbegrenzten Kredit. Damit hatten sich die sozialistischen Nationalräte *voll und ganz hinter die nationale Politik gestellt.* Und dabei war diese Bejahung nicht etwa ein isolierter Akt der Führer, in dem diese sich vom Parteivolk trennten. Vielmehr wäre jeder, der den einzigen festen Damm, unsere Armee, zu unterwühlen versucht hätte, im ganzen Lande herum als Verbrecher gebrandmarkt worden. Zu klar hatte der furchtbare Wetterstrahl die Gefahr gezeigt, in der unser Land schwebte. Auch die Presse vermochte sich der allgemeinen Stimmung nicht zu entziehen. Am 8. August schrieb die „Berner Tagwacht", das Sprachrohr des Herrn Grimm:

„Mit kluger Ueberlegung und ruhigen Sinnes muß der nicht im Felde stehende Teil des Schweizer Volkes die Maßnahmen der Behörden unterstützen. Jetzt hilft kein weibisch Klagen, kein furchtsam Zittern. Hinter unseren tapferen Soldaten, die ohne Murren und ohne Widerrede ihre Pflicht erfüllen, muß die Solidarität des Volksganzen stehen."

Und noch vier Monate später, als die erste Aufregung längst sich gelegt hatte, schrieb dasselbe Blatt, die Verneinung der organisierten Wehrkraft sei als unrichtig, unkritisch und naiv zu betrachten, indem sie die Realitäten des Lebens übersehe; ob unser Land von einer Invasion heimgesucht und verwüstet werde, könne den Schweizer Sozialisten nicht gleichgültig sein, denn darunter würden auch die Arbeiter leiden. Gerade der Arbeiterklasse könne es nicht gleichgültig sein, ob sie noch um die elementarsten Bewegungsmöglichkeiten kämpfen müsse.

Herr *Graber*, heute Antimilitarist in Reinkultur, wehrte sich in jener Zeit, als ein so scharfer Wind wehte, gegen den Vorwurf, Gegner der Landesverteidigung zu sein. Im Oktober 1914 noch erklärte er, niemals habe er in der Sentinelle geschrieben, daß wir unsere Armee entwaffnen sollen, und wenn man noch einmal darauf zurückkommen könnte, würde er nochmals die Kriegskredite bewilligen; er hätte beim Militär immer nur die Mißbräuche und Uebertreibungen kritisiert.

So hatte es sich in der Stunde der Gefahr erwiesen, daß die Liebe

zum Vaterland stärker war als aller Internationalismus, und daß auch die Arbeiterschaft wertvolle Güter zu verteidigen hatte und sie zu verteidigen gewillt war. Sie hatte auch Klarheit darüber geschaffen, daß die Fragestellung nicht lauten konnte: Militarist oder Antimilitarist, Kriegshetzer oder Friedensfreund, sondern daß es einzig und allein um das Problem ging, ob wir den Krieg im eigenen Land haben wollten oder nicht, und daß dabei die Freude oder der Abscheu am Kriege gar keine Rolle spielten.

Allein bald kam es anders. Bereits im November 1914 verlangten die Zürcher Sozialisten Ablehnung aller Militärkredite. Von nun an schwankte die Politik der Partei hin und her, von den verschiedensten Kräften getrieben, bis sie sich auf dem außerordentlichen Parteitag 1917 offen gegen die Landesverteidigung erklärte. — Es ist ausgeschlossen, ein vollständiges Bild jener Zeit zu geben; ein Artikel muß sich auf etliche charakteristische Züge beschränken.

Noch wurde gearbeitet im Sinne des alten Programms, das die Demokratisierung der Armee forderte. Auf ihren eigenen Antrag wurde die Geschäftsleitung beauftragt, eine Initiative zu lancieren, die die gleiche Verpflegung und Besoldung von Offizieren und Mannschaften forderte. Eine Initiative zur Abschaffung des Militärstrafrechts und der Militärgerichtsbarkeit gibt weiter Zeugnis vom Walten dieses Geistes. Das gleiche Streben war auch maßgebend beim Entwurf der „Leitsätze für die Grundlagen eines dauernden Friedens", die zuhanden einer internationaen Konferenz ausgearbeitet wurden, zu der die schweizerische Partei auf den 30. Mai 1915 nach Zürich einlud, die dann aber nicht zustande kam. Dort wurde die Schaffung von Milizheeren mit kurzer Dienstzeit als eine der Friedensgrundlagen gefordert.

Doch auch der radikale Flügel regte sich. Bereits im Dezember 1914 stimmte die sozialistische Fraktion des Nationalrates gegen die Militärkredite für 1915, allerdings nur im Rahmen des Gesamtbudgets. Der gesamte Voranschlag bedeute einen Einbruch in die Rechte des Volkes und stelle eine Verletzung der Interessen der breiten Schichten dar, lautete die verklausulierte Erklärung des Herrn Grimm für dieses Verhalten.

Desgleichen wurde auch die Bewilligung des Kredites für den Ankauf des Waffenplatzes Bière abgelehnt, da „keine neuen Kredite für das Militär bewilligt werden, bis die Bundesfinanzen in einer Weise aufgebracht werden, die die untern Schichten des Volkes entlastet."

Noch besser aber als diese Erklärungen, die weder Fisch noch Vogel sind, erhellt ein Beschluß die Lage, der vom Vorstand vor dem Parteitag 1915 gefaßt wurde. Dort wurde entschieden, die endgültige Stellungnahme zur Militärfrage sei zu verschieben — nicht etwa, bis sie gründlich erwogen worden sei — sondern bis *nach dem Krieg!* Ein wirklich famoser Ausweg, aber eine jammervolle Haltung, die nicht auf ein hohes Maß von sittlichem Mut und Verantwortungsfreudigkeit schließen läßt.

Am Parteitag 1915 kam denn auch ein Antrag Graber-Naine zur

Beratung, der die Verweigerung aller Militärkredite forderte. Er wurde jedoch hingestellt als aus wirklichkeitsfernem Geiste geboren und die Bewahrung unserer Heimat vor den Kriegswirren wurde als Verdienst unserer Armee restlos anerkannt. Insbesondere griff Stadtrat Pflüger von Zürich den Radikalismus, der sich immer breiter zu machen begann, scharf an. Es kam zu keiner Abstimmung, vielmehr wurde die endgültige Stellungnahme verschoben. Im ganzen hatte doch noch die Richtung das Uebergewicht inne, die auf dem Boden des alten Programms stand.

Wer ein einigermaßen zutreffendes Bild erhalten will, darf aber nicht vergessen, daß im Sommer 1915 im friedlichen Dörfchen Zimmerwald Lenin, Zinowieff und sehr wahrscheinlich auch Trotzki mit andern Revolutionären jene berühmte Konferenz abgehalten hatten. Auch Radek, Axelrod, die Balabanoff, Münzenberg und andere Ausländer gewannen an Einfluß. Immer kühner erhob der linke Flügel sein Haupt und brachte bald die maßgebenden Parteiblätter unter seinen bestimmenden Einfluß. Die meisten der Männer, die noch 1914 für die Militäraufgebote gestimmt hatten, schlossen sich ihm an. An den vielen Deserteuren und Refraktären, feigen Davonlaufern, die in der Stunde höchster Not ihre Volksgenossen und ihre Heimat schmählich verlassen hatten, fanden sie eine Anhängerschaft, die zu allem bereit war und die jeder Verrücktheit zujubelte, eine Bande, die ohne Besinnen gegen die Männer hetzte, die in schwerem Grenzdienst ihren Zufluchtsort beschirmten. Von ihnen ließ sich ein großer Teil der schweizerischen Arbeiterschaft leiten, vor ihnen fielen eine ganze Reihe von Führern um, die noch 1914 die Solidarität des Schweizervolkes gepriesen und unsere Soldaten die Retter unseres Vaterlandes genannt hatten.

Der Parteitag des Jahres 1916 befaßte sich mit anderen Fragen (Ausschluß des Grütlivereins). Erst 1917 fiel der endgültige Entscheid, nach all dem Vorhergegangenen kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Partei.

Es standen sich die Anträge der Mehrheit und der Minderheit des Vorstandes gegenüber. Der Delegierte Gustav Müller von Bern verfocht mit Eifer und Hingabe den Minderheitsantrag, der die Bejahung der Landesverteidigung forderte. Er wies hin auf die Lage beim Kriegsausbruch, als einzig unsere Armee uns vor dem drohenden Unheil zu bewahren vermochte, auf die Pressestimmen im sozialistischen Lager, die alle in einer starken Besetzung der Grenzen unsere einzige Rettung gesehen hatten, er führte aus, daß auch die Arbeiterschaft unseres Landes verteidigenswerte Güter besäße, er zieh seine Gegner doppelter Inkonsequenz: In ihrem Verhalten im Vergleich mit 1914 und in ihrem Verhalten zur russischen Republik, der sie das Recht zubilligten, sich zu verteidigen, ja, selbst einen Angriffskrieg zu führen. Andere bewährte Führer, wie etwa der im Kampfe um die Sache der Arbeiterschaft ergraute Greulich warnten in eindringlichen Worten davor, sich unfruchtbarem politischem Maulheldentum zu verschreiben: Umsonst.

Die große Mehrheit des Parteitages stimmte dem Gegenantrag zu, den vor allem ein Schweizer allerneuesten Datums, ein Mann, den seine damaligen engsten politischen Freunde heute einen Stalinbuben und Lumpenproletarier nennen, verfocht: Fritz Platten. Das geistige Niveau der Rede Plattens erhellt aus der Art, wie er, großzügig, alle Argumente „abtat", die sich auf die ganz besondere Lage der Schweiz stützten. Er führte nämlich aus: „Auch die andere Frage, ob wir in der Schweiz uns in einer ganz speziellen Lage befinden, verneine ich. Es geht nicht an, für sich das Recht der Landesverteidigung in Anspruch zu nehmen und es den Sozialdemokraten jenseits der Landesgrenzen abzusprechen"!

Die ganze Jämmerlichkeit der Haltung, die ganze hohle Phrasenhaftigkeit zeigte sich noch am selben Tage. Die Minderheit stellte nämlich den Antrag, anstatt immer nur aus dem sichern Horte des Friedens heraus, den unsere Milizen schützten, den ausländischen Arbeitern in den kriegführenden Ländern Verrat an der proletarischen Sache vorzuwerfen, einmal selber etwas zu tun. Sie schlugen vor, die Arbeiter jener Fabriken, die für das Ausland Munition herstellten, zum Streike aufzurufen, da dies eine proletarische Tat, alles andere aber bloße Phrasen seien. „Natürlich" wurde der unbequeme Antrag abgelehnt. Er hätte die ganze Hohlheit der Aktion gezeigt, da er selbstverständlich ohne Erfolg geblieben wäre. —

Bekanntlich hat sich seither die Haltung der Sozialdemokratie der Schweiz nicht geändert. Immer noch ist sie offiziell der Landesverteidigung feind.

Doch fragen wir uns, was wohl diese ungeheure Wandlung innerhalb der kurzen Frist von drei Jahren, unter genau denselben Leuten, ermöglicht hat.

Gewiß spielte es eine große Rolle, daß die sozialistische Partei von Verantwortung nicht belastet war. Sie wußte genau: Auch wenn sie zehnmal schärfere Resolutionen gefaßt, zehnmal bombastischer sich ausgedrückt hätte, so würde doch deshalb nicht *ein* Mann weniger an der Grenze stehen, nicht *eine* Patrone weniger hergestellt werden. Erfahrungsgemäß erleichtert eine solche Lage die Entschlußfassung ungemein.

Gewiß muß auch berücksichtigt werden, daß die herrschende Not zunehmender Verbitterung günstigen Boden bereitete. Gewiß waren die ausländischen Revolutionäre, die Deserteure und Refraktäre im Land.

Aber dies alles scheint mir doch keine genügende Erklärung zu sein für die innere Kraftlosigkeit, die lächerlich geringe Widerstandskraft, die die Voraussetzung für einen derartigen Umfall ist. Vielmehr rächte sich eine alte Sünde.

Willig hatte die schweizerische Sozialdemokratie die marxistischen Lehren angenommen, hatte die Absolutheit des Klassengegensatzes verkündet und die Vaterlandslosigkeit gelehrt. Sie hatte Marx, dessen wildes revolutionäres Herz stärker gewesen war als sein wissenschaft-

licher Kopf, zum Wissenschaftler gestempelt, dessen Lehren überzeitliche, absolute und überall zutreffende Erkenntnisse sein sollten gleich den Erkenntnissen der Naturwissenschaften. Wohl hatte sie damit das beste Agitationsmaterial erhalten, das die Welt je gesehen hat, und nicht zuletzt ihm verdankte sie ihren raschen Aufstieg. Allein sie hatte es erhalten auf Kosten der inneren Wahrheit und Aufrichtigkeit. Daher rührte ihre Schwäche, die den so einzig dastehenden Umfall ermöglichte gegenüber jenen, die, aller natürlichen Vernunft zum Trotz, die logischen Folgerungen zogen aus dem, was jahrelang verkündet worden war.

Heute ist, so weit ich sehen kann, die Phalanx der Sozialdemokraten in dieser Front völlig geschlossen. Aber dies kann nicht hinwegtäuschen über die innere Schwäche. Man kann sich wohl fragen, wo jene Männer seien, die 1917 noch die Abwendung von der Landesverteidigung als einen verhängnisvollen Schritt mit aller Macht bekämpft hatten. Nichts hört man von ihnen. Die Partei aber fühlt wohl die innere Schwäche ihrer Argumente. Daher kämpft sie auch so oft nicht mit offenem Visier, in sieghaftem Vertrauen auf die Stärke ihrer guten Sache. Sie appelliert vielmehr an niedrige Triebe, spricht von Borniertheit und Gigerltum der Offiziere und sucht mit maßlos übertriebenen Schilderungen des Gas- und Luftkampfes zu schrecken. Daher vermögen auch die tönenden Phrasen jenes eingangs genannten Aufrufes gegen den Flugzeugkredit nicht darüber zu täuschen, daß alles nur knifflige Fündlein, nur Masken sind, die die innere Unaufrichtigkeit der Haltung verhüllen sollen. Praktisch hat ja die Partei die Hoffnung auf den Umsturz aufgegeben. Einige der einflußreichsten Schreier von 1917 sind ausgebootet. Mit dem Verzicht auf das Streikrecht des Bundespersonals hat die Partei die Hoffnung auf eine siegreiche revolutionäre Handlung erst recht endgültig begraben. Denn ohne die Eisenbahner, die Post-, Telephon- und Telegraphenangestellten ist eine solche aussichtslos. Wer davon nicht ganz überzeugt ist, der lese die Rechtfertigungsrede des Präsidenten des Oltener Aktionskomitees, des besten Kenners dieser Fragen in der Schweiz, am Parteitag nach dem Generalstreik, und er wird sich meiner Meinung anschließen. — Dennoch hält man äußerlich die Fahne des bedingungslosen Klassenkampfes hoch. Heute geschieht es aus Angst vor der kommunistischen Konkurrenz. Vor 1917 geschah es, um sich ein ausgezeichnetes Agitationsmaterial unbeschränkt zu sichern. Heute wie damals fehlten Führer, die Männer sind; Männer, die im Vertrauen auf ihre gute Sache, um der Wahrheit willen einen momentanen taktischen Vorteil hintanlassen, in instinktivem Bewußtsein, damit letzten Endes ihrer Sache doch besser zu dienen, als durch innerlich unwahre Politik. Männer, die sicher genug sind, auch durch wütendes Gebelfer und durch rabulistische Logik sich vom geraden Wege nicht abbringen zu lassen. Vielleicht beschert uns das Schicksal einen solchen Mann, der den Umfall der schweizerischen Sozialdemokratie wieder gut macht. Würde sie die Verantwortung für

ihre Handlungen tragen, so müßte sie ja ohnehin ihre Hefte gründlich korrigieren, wie dies bisher noch jeder ausländischen Partei so passiert ist.

Uns vaterländisch Gesinnten aber soll der kurze Rückblick über Geschehnisse, die nur allzu rasch dem Gedächtnis entschwinden, darin bestärken, unbeirrt den Wall stark zu erhalten, der 1914 unser einziger Schutz war und es in ähnlicher Lage wieder sein wird und auch der Schutz jener, die die Geister, die sie riefen, nicht mehr los wurden und sich von ihnen zu einem Schritte hinreißen ließen, der ihre eigenen, kaum drei Jahre alten Worte und Taten feige verleugnete und sie veranlaßte, zu verbrennen, was sie in der Zeit der höchsten Not angebetet hatten.

Gedanken Napoleons I. als Führer und Chef.

II. Teil.[1])

«Un homme qui n'a pas de considération pour les besoins du soldat ne devrait jamais le commander.»

* * *

«Ce n'est pas avec un grand nombre de troupes, mais avec des troupes bien organisées et bien disciplinées qu'on obtient des succès à la guerre.»

* * *

«De tous les hommes, le soldat est le plus sensible aux bienfaits.»

* * *

«Votre rage de tout régulariser perd tout. Pourquoi ne pas suivre la nature des choses?»

«Les charges de cavalerie sont bonnes également au commencement, au milieu ou à la fin d'une bataille, elles doivent être exécutées toutes les fois qu'elles peuvent se faire sur les flancs de l'infanterie, surtout lorsque celle-ci est engagée de front — . . . Toutes les batailles d'Annibal furent gagnées par sa cavalerie, s'il eût attendu pour la faire donner la fin de ses batailles, il n'aurait jamais pu l'employer qu'à couvrir sa retraite. Réserver la cavalerie pour la fin de la bataille, c'est n'avoir aucune idée de la puissance des charges combinées de l'infanterie et de la cavalerie, soit pour l'attaque, soit pour la défense.»

«La meilleure manière de protéger sa cavalerie est d'en appuyer le flanc. La méthode de mêler des pelotons d'infanterie avec la cavalerie est vicieuse, elle n'a que des inconvénients; la cavalerie cesse d'être mobile, elle est gênée dans touts ses mouvements de la cavalerie, elle est sans appui.»

* * *

«L'art est aujourd'hui d'attaquer tout ce qu'on rencontre afin de battre l'ennemi en détail et pendant qu'il se réunit. Quand je dis qu'il

---

[1]) Vgl. Allg. Schw. Militärzeitung S. 124 ff., 1930.